

ARMUTSZEUGNIS

Nie war das Misstrauen in Staat und Parteien in Deutschland größer als heute. Ein Viertel der Wahlberechtigten macht von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch. Studien zeigen: Es sind vor allem Arme, die sich von der Politik nicht mehr gehört fühlen und am Wahltag zu Hause bleiben

von Jane Jannke

Ob sie eher links oder rechts eingestellt ist, lässt sich bei Ulrike Gest auf Anhieb schwer einschätzen. Und so genau weiß sie das wohl selbst auch nicht. Wenn Nationalkommunistin Sahra Wagenknecht und Rechtsaußen-Amazone Alice Weidel gemeinsam eine Partei gründen würden, dann würde sie die sofort wählen, bekennt die 60-Jährige mit den vielen Tattoos auf den Armen. Aus ihrer Bewunderung für die beiden umstrittenen Politikerinnen macht sie kein Hehl. Dass es zu dieser abenteuerlichen Allianz kommt, ist mehr als unwahrscheinlich. Doch immerhin: Sie würde Ulrike Gest an die Wahlurne bringen. Es wäre eine echte Premiere, denn wählen war Gest in über 30 Jahren einig Vaterland noch nie. Damit steht sie für die stärkste, wenngleich unsichtbare Fraktion im Deutschen Bundestag: die der Nichtwählenden. Ein Phänomen, das nicht nur der Politikwissenschaft Sorge macht, denn an repräsentativen Wahlen hängt nicht zuletzt die demokratische Legitimation der Regierenden.

Nichtwählende hat es immer schon gegeben. Doch bis zur Wende 1989 schien dahingehend noch alles im Lot. Seit Gründung der BRD 1949 war die Wahlbeteiligung niemals unter 80 Prozent gesunken, zumeist hatte sie sogar zwischen 85 und über 90 Prozent gelegen. Zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 dann der erste Dämpfer: Die Wahlbeteiligung stürzt auf 77,8 Prozent ab. Erholt hat sie sich seither nie wieder. Im Gegenteil: Während der Finanzkrise 2009 sinkt sie in einigen Wahlkreisen vor allem im Osten erstmals unter 60 und bundesweit auf nur noch knapp über 70 Prozent. Etwa ein Viertel der Wahlberechtigten in Deutschland bleibt seither der Wahlurne fern – aus Protest, Resignation oder grundsätzlicher Skepsis gegenüber Staat und Parteien. Nie war der Anteil derer, die kein Vertrauen mehr in Parteienpolitik haben, größer als heute. 69 Prozent der Deutschen gaben dies 2023 im Eurobarometer der EU-Kommission zu Protokoll.

EIN GEFÜHL VON MACHTLOSIGKEIT

Eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung kommt 2023 zu dem Ergebnis: Die Wahrscheinlichkeit, sich am politischen Willensbildungsprozess zu beteiligen, ist eng an den sozialen Status und damit an die subjektive Wahrnehmung gesellschaftlicher Selbstwirksamkeit geknüpft. Wer arm ist, fühlt sich gerade in wohlhabenden Staaten, in denen Arme eine Minderheit stellen, oft abgehängt und politisch machtlos – und bleibt der Wahlurne deutlich häufiger fern als Angehörige der Mittel- und Oberschicht. Zumal in einem Land mit einer sozial segregierten Gesellschaft, in dem die Politik der letzten Jahrzehnte dazu führte, dass Reiche noch reicher und Arme zumeist noch ärmer wurden. Der renommierte Politikwissenschaftler Arend Lijphart bezeichnete die ungleiche politische Beteiligung einst als „ungelöstes Dilemma der Demokratie“: Je weniger Menschen in einer Demokratie wählten, desto größer werde der Anteil der Armen an den Nichtwählenden.

So erklärt sich auch, dass der Anteil der Nichtwählenden unter Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund im Schnitt um 14 Punkte höher liegt als unter solchen ohne. Menschen mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich oft von Armut betroffen. 2022 stellten sie fast die Hälfte (48) aller Armen in Deutschland. Mit einem Anteil von 29 Prozent an der Gesamtbevölkerung sind sie zudem im Bundestag mit 5,9 Prozent der Abgeordneten stark unterrepräsentiert und fühlen sich

daher oft politisch nicht vertreten. Besonders alarmierend: Deutsche mit Migrationshintergrund unter 35 blieben der Wahlurne zur Bundestagswahl 2013 laut einer wissenschaftlichen Studie des Berliner Minor Projektkontors deutlich öfter (43,3) fern als ältere über 55 (16,3). Die Soziologin Naika Foroutan, selbst Tochter eines Iraners und einer Deutschen, verortet die Gründe dafür u. a. in einer zunehmenden Entfremdung vor allem derjenigen, die hier geboren seien. Nach dem Motto: „Deutschland mag uns nicht, egal, was wir machen.“

Der Siegeszug der Politikverdrossenheit begann in Westdeutschland laut Ebert-Studie bereits Anfang der 80er-Jahre. Und schon damals fiel der Rückgang bei der Wahlbeteiligung in Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Bildungsgrad und Sozialstatus am stärksten aus. Betrug die Kluft zwischen Hoch- und Niedriggebildeten hinsichtlich der Teilnahme an der letzten Bundestagswahl 1983 noch lediglich fünf, waren es 2017 bereits 26 Prozentpunkte. In früheren Hochburgen der SPD, die lange als „Partei des kleinen Mannes“ galt, ging die Wahlbeteiligung im Vergleich zu anderen Parteien demnach besonders stark zurück. Wählten Deutsche mit niedrigem Bildungsgrad 1998 noch zu rund 53 Prozent die SPD, waren es 2021 nur noch rund 33 Prozent. In der Gruppe der Akademiker*innen hingegen sank die Zustimmung in weitaus geringerem Maße von rund 30 Prozent 1998 auf 22 im Jahr 2021. Sowohl auf räumlicher als auch auf individueller Ebene, so das Fazit der Ebert-Studie, verweise Nichtwahl auf einen Mangel an Ressourcen. Wer arm ist, habe zunehmend das Gefühl, politisch nichts bewirken und damit über sein Wahlrecht seine Lage nicht verändern zu können.

„Deutschland mag uns nicht, egal, was wir machen“



„Die Politik hört und sieht mich nicht. Sie tut nichts für sozialen Wohnungsbau oder für behinderte Menschen“

Ulrike Gest leidet an Muskelschwund und sitzt seit zehn Jahren im Rollstuhl. Die Behinderung habe sie arm gemacht, sagt sie. Wählen war die 60-Jährige noch nie. Foto: J. Jannke



Ulrike Gest könnte in dieser Analyse als Paradebeispiel einer Nichtwählenden gelten. Die 60-Jährige ist körperlich und seelisch schwer krank und arbeitsunfähig. Vor 25 Jahren erhält sie die niederschmetternde Diagnose Muskelschwund, seit zehn Jahren ist sie auf einen Rollstuhl angewiesen.

Seither, erzählt sie, habe sie keine Arbeit mehr gefunden. Nach einem längeren Klinikaufenthalt aufgrund schwerer Depressionen ist sie aktuell wohnungslos und lebt im Übergangwohnheim für Wohnungslose „Zur Wetterwarte“ in Klotzsche. Ihren Lebensunterhalt bestreitet Gest von einer schmalen Rente. Bevor sie krank geworden sei, habe sie immer gearbeitet. Ob im Job oder am Elternhaus, in dem sie zusammen mit Mutter und Bruder lebte, die beide ebenfalls an Muskelschwund erkrankt waren. „Ich war immer aktiv, hab alles selbst gemacht. Doch dann sind hintereinander alle gestorben. Alle, die mir wichtig waren.“ Die burschikose Frau, die äußerlich viel jünger wirkt, als sie ist, versinkt in Depressionen. „Ich hab mich irgendwann um nichts mehr gekümmert, mir war einfach alles zu viel. Dadurch habe ich erst Freunde und

dann auch noch aufgrund der Mietschulden meine Wohnung verloren.“ Zu stolz sei sie gewesen, um Hilfe zu bitten. Als sie aus der psychiatrischen Klinik entlassen wird, ist ihr Konto gesperrt und all ihre Habe aus der Zwangsräumung vernichtet.

WENN DIE SCHWACHEN VERGESSEN WERDEN

Bevor die Schicksalsschläge ihr Leben aus der Bahn warfen, hätte sich Ulrike Gest zur Mittelschicht gezählt. Die Behinderung habe sie arm gemacht und stelle sie täglich vor die Wahl: neue Schuhe oder Tabletten? Als Frau im Rollstuhl mit Pflegestufe vier stößt Gest im Alltag permanent an Grenzen. „Ich liebe Kultur, aber oft scheitert es da schon beim Kino, das keinen barrierefreien Zugang hat. Und wenn der Busfahrer schlecht drauf ist, lässt er mich mit meinem Rollstuhl einfach stehen.“ Ihr

sehnlichster Wunsch: wieder eine eigene Wohnung. Mietschulden habe sie inzwischen keine mehr – eigentlich stünden die Zeichen also gut. Doch in Dresden gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen, und wenn, dann meist nicht barrierefrei.

Mit ihrem Dasein im Übergangwohnheim hadert die 60-Jährige sichtlich. Zwar kommt ins Heim zur Unterstützung der Pflegedienst. Doch ein Heim ist kein Zuhause, und es fehlt zum Teil am Elementaren. „Ich würde mir ein Pflegebett mit verstellbarer Kopfstütze wünschen, denn ich kann meinen Kopf nicht mehr alleine aufrecht halten.“ Von Demokratie und Politik ist Ulrike Gest enttäuscht. „Meinungsfreiheit und vor allem Gemeinschaft und Zusammenhalt – das ist alles so nebensächlich geworden.“ Die Krisen und Kriege der letzten Jahre und die Rolle der Politik darin hätten ihr Angst gemacht. „Warum soll ich wählen gehen? Die Politik hört und sieht mich nicht. Sie tut nichts für sozialen Wohnungsbau oder für behinderte Menschen. Im Versprechen sind sie immer alle groß, aber dann wird nichts gehalten.“ Dabei interessiert sie sich sehr für Politik als solches. „Ich bin lange sehr links und liberal eingestellt gewesen.“ Aber dann seien die Flüchtlinge gekommen. Und die „Klimahysterie“ der Grünen. „Dabei hat Deutschland so viele andere Probleme. Gerade im sozialen Bereich müsste so vieles verbessert werden, für Menschen, die Unterstützung brauchen.“

Doch nicht nur klassische Politikverdrossenheit und ein diffuses Gefühl des Abgehängtseins veranlasst arme Menschen dazu, von ihrem grundgesetzlich verbrieften Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Nicht selten bestehen strukturelle Hindernisse. So haben Obdachlose ohne festen Wohnsitz, anders als etwa Wohnungslose in staatlicher Unterbringung, zumeist gar keinen

Zugang zu Wahlen, weil die Wahlunterlagen von der Wahlleitung an die jeweilige Meldeadresse des Wahlberechtigten verschickt werden. Wer ohne festen Wohnsitz wählen will, muss sich auf eigenen Antrag mit einer Adresse im Wähler*innen-Verzeichnis eintragen lassen – eine Hürde, die für Menschen, die mit Überleben beschäftigt sind, meist viel zu hoch ist. Aber auch in den Übergangwohnheimen für Wohnungslose sieht es nicht wirklich anders aus. So werden zwar die Wahlunterlagen in die Einrichtungen geschickt, denn die Bewohner*innen sind dort offiziell gemeldet. Doch an der Pforte abholen und öffnen müssen sie sie selbst. „Wir haben die Bewohner in der Vergangenheit nicht gesondert darauf hingewiesen, dass Wahlen stattfinden“, bestätigt etwa die Heimleitung der Dresdner „Wetterwarte“ auf Nachfrage. „Es ist natürlich wichtig, dass jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch macht. Aber hier ist einfach jeder zu sehr mit sich selbst beschäftigt“, so Heimleiterin Kerstin Roth. Die meisten hätten sich aus der Politik mehr oder weniger verabschiedet.

MEHR ZIVILGESELLSCHAFT WAGEN

Und das durchaus zu Recht – findet wiederum der Berliner Sozialwissenschaftler Stefan Schneider, der 2021 mit der „Wohnungslosenstiftung“ eine bundesweite Selbstvertretung für wohnungs- und obdachlose Menschen gegründet hat. Schneider hält es für falsch, politische Beteiligung wohnungsloser Menschen allein auf die Teilnahme an Wahlen zu reduzieren und sich bei der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit vor allem auf den Staat zu verlassen. „Das eigentliche Problem in diesem Land ist doch, dass die Menschen ihre Souveränität verloren haben – beim Wohnen, bei der Arbeit. Das ist auch der Grund, warum vor allem arme Menschen immer seltener zur Wahl gehen.“ Wählen sei inzwischen etwas für Wohlhabende. „Sie wählen, um die bestehenden Verhältnisse aufrechtzuerhalten, nicht, um sie zu verändern.“ Schneider geht noch weiter. Nichtwählende seien inzwischen die stärkste Kraft der Gesellschaft. „Da muss man sich fragen, welche Legitimation die Herrschenden überhaupt noch haben. Was wir brauchen, ist ein anderes System, eines, das mehr basisdemokratische Beteiligung zulässt.“

Beteiligung, die sich wohnungslose Menschen mit der Hilfe der Wohnungslosenstiftung erstreiten. Zweimal im Jahr werden immer in einer anderen Stadt bundesweite Vernetzungstreffen organisiert. Dort werden die Themen besprochen, die ihnen unter den Nägeln brennen, aber in der Politik kaum Gehör finden. Daraus entstehen Projekte, die – wenn auch häufig nur im Kleinen – wirkliche Verbesserungen bringen. Die Wohnungslosenstiftung unterstützt dabei sowohl organisatorisch als auch finanziell. Wer bislang dachte, Housing First sei eine wirklich tolle Sache, bekommt von Stefan Schneider umgehend den Wind aus den Segeln genommen. „Housing First ist in der aktuell praktizierten Form vor allem eine sehr teure Sache. Von diesem Geld könnte man nachhaltig günstigen Wohnraum schaffen. Stattdessen sehen wohnungslose Menschen, dass es bundesweit 360 000 Quadratmeter leer stehende Wohnfläche in Bundeseigentum gibt – aber sie kommen da nicht rein. Statt wohnungs- und obdachlose Menschen zu zählen, sollte man Leerstand zählen. Das ist das, was diese Menschen wollen.“

Aus Sicht marginalisierter Gruppen sei der Staat in erster Linie ein Repressionsorgan, sagt Stefan Schneider. Das sei ein Grund, warum sich die Angehörigen dieser Milieus häufig sehr bewusst gegen eine Wahlteilnahme entschieden. „Weil sie diesem Staat kein Mandat erteilen wollen. Beantragen Sie mal Bürgergeld, und Ihnen fehlen Papiere. Und dann machen Sie abends den Fernseher an und hören irgendeinen Politiker von der CDU über Bürgergeldempfänger herziehen. Ich habe das Gefühl, dass wohnungs- und obdachlose Menschen für die Herrschenden schon gar nicht mehr dazugehören. Keine politische Partei nimmt sich ihrer wirklich an.“ Die Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit sieht Schneider vor allem als zivilgesellschaftliche Aufgabe: „Initiativen zur Verhinderung von Zwangsräumungen oder gegen Zweckentfremdung von Wohnraum, Hotelgutscheine für Obdachlose im Winter – da müssten wir hin, und niemand wäre mehr auf der Straße!“

Ulrike Gest ist derweil ins Nachdenken gekommen. Am Ende unseres Gespräches hat sie sich fest vorgenommen, zur Kommunalwahl im Juni ihre Stimme abzugeben. „Einer alleine kann nichts bewirken, aber die Masse macht's am Ende.“ Und auch die Heimleitung der „Wetterwarte“ sieht Handlungsbedarf. Aushänge sollen nun im Heim auf die anstehenden Wahlen hinweisen. Bewohner*innen mit Mobilitätseinschränkungen wie Ulrike Gest auf Wunsch sogar ins Wahllokal gefahren werden. Das muss nun nur noch barrierefrei sein.

„Statt wohnungs- und obdachlose Menschen zu zählen, sollte man Leerstand zählen“